

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 321 | 04/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

GLEICHE RECHTE, WOHNRAUM UND HÖHERE LÖHNE FÜR ALLE:

RECHTSRUCK

ZURÜCK-

SCHLAGEN!



AUS DEM INHALT

» Der **Erfolg der KPÖ in Salzburg** ist inspirierend – aber auch eine Bewährungsprobe für den Aufbau einer echten Linken

Seite 4

» 1,4 Millionen dürfen nicht wählen – warum und wie wir für das **Wahlrecht für alle** kämpfen müssen, und warum dies nur der Anfang sein kann

Seite 5

» Warum **Feminismus anti-imperialistisch** sein muss – und der Kampf gegen Imperialismus feministisch

Seite 13

WER WIR SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter slp.at/kalender,
Einwahldaten für Online-Treffen
unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA/ROSA-Sommercamp

Eine Woche voller Workshops und Diskussionen mit Sozialist*innen aus verschiedenen Ländern über aktuelle politische Fragen und Perspektiven – mit jeder Menge See und Sonnenschein!

**18.–25.8. | Turnersee/Zablaško jezero
Kärnten/Koroška**

Programm unter: slp.at

Anmelden unter: slp@slp.at

“Trauern wir um die Toten – Kämpfen wir für die Lebenden!”

von Sarah Moayeri

„Hier sitze ich nun auf der Straße in einem Zelt, ohne das Nötigste zum Leben. Kein Wasser, kein Strom, keine Toilette, keine sanitären Anlagen. Nichts. Unsere Lasten haben sich vervielfacht, und unsere Privatsphäre ist verschwunden. Ich habe vergessen, was es bedeutet, eine Frau zu sein.“ (Nada Abdelsalam aus Gaza, Al Jazeera 8.3.2024)

Wir protestierten am diesjährigen 8. März mit tiefster Trauer, Wut und einer anderen Dringlichkeit als sonst – in Gedanken beim anhaltenden Massaker in Gaza an 2,3 Millionen belagerten Palästinenser*innen (S.16). „Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich“ (Audre Lorde) – Die Bilder der Proteste aus der ganzen Welt zeigen immer wieder dieses oder ähnliche Zitate. Der Kampf gegen das Massaker, Besatzung, Krieg, Imperialismus und jede Form der Unterdrückung weltweit ist integraler Bestandteil der feministischen Bewegung (S.12). Diese steht an einem entscheidenden Punkt, 10 Jahre nach Beginn von #metoo und Ni una menos: der Aufstieg rechtsextremer Kräfte, ihre rassistische, queerfeindliche und antifeministische Agenda, zunehmende geschlechtsspezifische Gewalt, Armut, Hunger und soziale Misere als Folgen der kapitalistischen Krise. Die Zehntausenden, die am 8. März auf die Straßen von Buenos Aires strömten, nachdem Ende Jänner ein Generalstreik gegen Milei organisiert worden war, forderten “den Kampf gegen Hunger und Kürzungspolitik, die Verteidigung des Rechts auf legale, sichere und kostenlose Abtreibungen, gegen Übergriffe und Macho-Kultur”. Milei hat sich Angriffe auf Abtreibungsrechte auf die Fahnen geschrieben, gerade weil der Kampf in einer ganzen Reihe von Ländern erfolgreich geführt wurde. In Frankreich verankerte die Regierung Macrons aus Angst

vor dem angekündigten feministischen Streik “die Freiheit zur Abtreibung” (nicht das Recht!) in der Verfassung. Ein Schritt, der die Proteste nur befeuerte: Mindestens 90 Initiativen im ganzen Land, weit über 200.000 Menschen, schlossen sich dem Streiktag an, zu dem auch die Gewerkschaften gezwungen worden waren, aufzurufen.

In einigen Ländern fand der 8. März nach schockierenden Fällen von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt und Mobilisierungen als Antwort darauf statt. In Italien löste der Mord an einer jungen Frau, Giulia, eine riesige Welle von Protesten aus. Ihre Schwester sagte: “Es sind nie ‘krankhafte’ Einzeltäter. Männer, die so etwas tun, sind tatsächlich sehr gesunde Söhne eines patriarchalen Systems.” Das ganze System ist schuldig!

Das ist auch auf den Demos in Österreich deutlich geworden, die mit über 17.000 Teilnehmer*innen eine entschlossene Antwort unter anderem auf den Versuch der rassistischen Instrumentalisierung der Femizide waren. Auf der Wiener Demo trugen wir mit ROSA das Banner “Das nennt ihr Gleichberechtigung?!” (Slogan des feministischen Streiks in Island) und “Feministischer Streik! Gegen Rechtsruck, Kapitalismus und jede Unterdrückung”. Betriebsversammlungen im Sozialbereich, die den Kampf im Care-Sektor mit dem Kampf gegen Übergriffe und Gewalt verbanden, haben das Potential dafür gezeigt (S.6). Machen wir den 8. März 2025 zu einem Streiktag und jeden Tag zum feministischen Kampftag!





Nach dem KPÖ-Erfolg in Salzburg: Was nun?

von **Stefan Brandl**

Die KPÖ konnte in Salzburg Stadt ihren Stimmenanteil versechsfachen und sich 23% der Stimmen sichern – sie stellt Gemeinderät*innen in Salzburg, Hallein und Wals. Die ÖVP verliert im ganzen Land und die FPÖ bleibt hinter den Erwartungen zurück. Linke Politik kommt auch in Österreich gut an. In mehreren bundesweiten Umfragen schafft die KPÖ den Einzug in den Nationalrat. Die Erfolge der KPÖ und ein möglicher Einzug in den Nationalrat wären wichtige Fortschritte für die Arbeiter*innenbewegung in Österreich – zum ersten Mal seit den 1950ern wäre eine Partei links von SPÖ und Grünen im Parlament. Schon jetzt merken wir, dass die Erfolge der KPÖ mehr Raum für linke Diskussionen und Forderungen öffnen. Deshalb wollen wir als ISA dazu beitragen, dass die KPÖ in den Nationalrat einzieht.

Allerdings zeigt das Beispiel der KPÖ in Graz, wie schwer es ist, mit (bzw. gegen) SPÖ und Grüne entscheidende Verbesserungen zu erzielen. Die Herausforderung wird mit einer drohenden blau-schwarzen Regierung noch deutlich größer: Es drohen Angriffe auf Arbeiter*innen, Frauen, Migrant*innen und demokratische Rechte. Widerstand gegen blau-schwarz kann folglich nicht nur auf der Wahlebene stattfinden, sondern muss alle sozialen Bewegungen, betrieblichen Kämpfe und

Forderungen gegen jeden rechten Angriff politisch verbinden können. Der Erfolg linker Kräfte muss sich vor allem daran messen, wie sehr es gelingt, Arbeiter*innen, Jugendliche und Unterdrückte in den selbstorganisierten Widerstand zu mobilisieren.

Kommunismus ist mehr als Kommunalpolitik

Es ist sehr positiv, dass die KPÖ mit dem Thema Wohnen, nur einem Facharbeiter*innenlohn für ihre Mandatar*innen und einem bodenständigen Auftreten einen Erfolg erzielen konnte. Das zeigt, wie wichtig es für Linke ist, in ihren Kampagnen sichtbar zu machen, was der Unterschied zu den etablierten Parteien ist. Gleichzeitig müssen wir festhalten, dass das politische Profil der KPÖ sehr begrenzt war: andere Themen wie Sexismus oder Rassismus wurden wenig thematisiert – und das obwohl sie sehr stark mit der Frage von Wohnen und Diskriminierung bei der Wohnungssuche verbunden sind. Auch betriebliche Auseinandersetzungen waren nicht besonders präsent. Darüber

hinaus blieb selbst das Programm zu Wohnen beschränkt: Die notwendige Enteignung von Immobilienspekulant*innen oder Selbstorganisation von Mieter*innen wurde nicht angesprochen.

Klimakrise, Pflegenotstand, Armut, Krieg – keines dieser Probleme wird langfristig im Kapitalismus lösbar sein. Wir müssen trotzdem für jede unmittelbare Verbesserung kämpfen, die wir dringend brauchen, aber vor allem ist dieser Kampf auch die Grundlage für Erfahrung, Organisation und Klassenbewusstsein. Umso wichtiger ist es, jeden Kampf gegen das kapitalistische Profitsystem als Wurzel aller Probleme zu führen.

Der KPÖ-Erfolg in Graz, Salzburg und darüber hinaus in Umfragen ist nicht nur eine große Chance für linke Kräfte, sondern auch eine Bewährungsprobe. Wir wollen das gesteigerte politische Interesse rund um den Wahlkampf nutzen, um ihn mit notwendiger Selbstorganisation in Straßen, Schulen und Betrieben zu verbinden.

Mit den Erfolgen der KPÖ geht die Verantwortung einher, ein Angebot an Aktivist*innen zu stellen, sich zu vernetzen und gemeinsam zu kämpfen.

Wir schlagen eine Aktivist*innenkonferenz von betrieblichen, feministischen, sozialen und ökologischen Initiativen

Wir sagen:

im Sommer vor, um sich darüber auszutauschen, wie der Wahlkampf für die Nationalratswahl mit außerparlamentarischem Widerstand verbunden werden kann.

Wahlrecht ist das Mindeste!

von J. W.

„In Österreich können alle wählen, die 16 Jahre alt sind.“ Ungefähr so haben es viele im Kopf, allerdings stimmt dieser Satz nicht. Das Wahlrecht in Österreich haben nur österreichische Staatsbürger*innen oder bei bestimmten Wahlen EU-Bürger*innen.

Immer mehr Menschen ohne Wahlrecht

Durch die wachsende Migration leben mittlerweile über 1,4 Millionen Menschen, die kein Wahlrecht haben – das ist fast jede fünfte Person – in diesem Land. Die bürgerliche Demokratie schafft es nicht einmal, die grundlegende Bedingung zu schaffen, dass alle, die hier leben, eine Stimme haben. Menschen spüren diese fehlende Stimme und werden dadurch auch weiter an den Rand gedrückt. Regierende Parteien können Leistungen für Migrant*innen kürzen und eine harte Sozialpolitik umsetzen, ohne sich um deren Stimmen sorgen zu müssen, da sie keine haben. Eine weitere Konsequenz ist, dass die Personen ohne Wahlrecht auch kaum Beachtung im Programm der Parteien finden, da es im Wahlkampf ausschließlich um die Wähler*innen geht. Selbst im Wahlkampf der KPÖ sind antirassistische Forderungen defacto nicht zu finden. Dadurch werden die betroffenen Schichten noch weiter ausgeschlossen. Mit wachsender Migration wird dieser Widerspruch nur größer werden. Er ist die logische Konsequenz eines politischen Systems, in dem ausschließlich kurzfristiger Machterhalt zählt und nicht die Interessen aller! Es zeigt sich, dass der Kapitalismus voll umfassende Mitbestimmung einfach nicht garantieren kann – und das auch nicht will.

Welche Demokratie verteidigen?

Falsche Argumente gegen ein Wahlrecht für alle gibt es zuhauf: von der offenen Infragestellung, dass Ausländer*innen Teil unserer Gesellschaft sind, bis hin zu Behauptungen, dass Migrant*innen generell konservativer sind. Abgesehen

von der Arroganz dieser Einstellung, zeigt die Geschichte, dass ähnliche Argumente bereits gegen das Wahlrecht besonders unterdrückter Teile der Arbeiter*innenklasse benutzt wurden: Anfang des 20. Jahrhunderts sogar in der Sozialdemokratie selbst gegen das Frauenwahlrecht, da Frauen durch ihre Isolation als Hausfrauen und damit fehlende Einbindung in die Arbeiter*innenbewegung angeblich konservativer wären als die arbeitenden Männer. Frauen waren schon immer wichtige Antreiberinnen von Kämpfen. Heute wählen junge Frauen deutlich öfter links als junge Männer (Quelle: ISS Köln). Auch Migrant*innen sind durch ihre spezielle Unterdrückung noch massiver von politischen Entscheidungen betroffen. Viele werden schon jung mit Rassismus konfrontiert und werden praktisch gezwungen, sich früh mit ihrem Stand in der Gesellschaft und der politischen Realität in Österreich auseinanderzusetzen.

Als Sozialist*innen kämpfen wir für die Interessen aller Arbeitenden – vor allem auch für diejenigen, die von anderen Kräften am stärksten ausgeschlossen und unterdrückt werden. Jeder Mensch muss in dem Land, in dem er lebt, über die Gestaltung des Landes mitentscheiden dürfen. Es ist also ein Teil unserer Pflicht, für ein Wahlrecht für alle zu kämpfen – auch wenn schnell klar wird, dass Wahlen im bürgerlichen System genau diese Mitgestaltung in allen Lebensbereichen nicht bringen und vor allem die rassistische Diskriminierung in anderen Bereichen (Jobs, Wohnungssuche usw.) nicht aufheben. Das Ziel unserer Bewegung muss also sein, einerseits die bewusste Unterdrückung und Ungleichbehandlung von bestimmten Gruppen zu überwinden, aber auch das System grundlegend zu verändern.

Viele Themen bringen Menschen dazu, politisch aktiv zu werden. Sei es gegen Sexismus am internationalen Frauentag (8. März) oder für ein gerechtes Gehalt bei Gewerkschaften. Überall kann man sehen, dass Menschen sich wehren und bereit sind, für ihre Rechte auf die Straße gehen. Wir wollen hier ansetzen und die Kämpfe vereinen. Das

bedeutet auch, die Spaltungen in allen Schichten durch Sexismus, Homophobie und Rassismus zu beenden. Nur eine Abschaffung der Ungleichheit durch eine organisierte Arbeiter*innenklasse kann einen echten Wohlstand für alle schaffen.

Wie Antirassismus organisieren?

- » Aufzeigen und Erkennen von Problemen: Fehlendes Wahlrecht, Diskriminierung in allen Lebensbereichen, zu wenig leistbarer Wohnraum, kaputtgespartes Bildungssystem, zu wenige Sozialleistungen u.v.m. Wir müssen die rassistische Spaltung in der Gesellschaft aufhalten. Es muss jedem klar sein, dass nicht Flüchtende oder Migrant*innen „das Problem“ sind, sondern die menschenverachtende Politik der Herrschenden.
- » Gemeinsame Organisation mit Migrant*innen in ihren Kämpfen gegen rassistische Gewalt, religiöse Unterdrückung und unwürdige Arbeitsbedingungen. Wichtig ist hier gemeinsame Arbeit und kein „für jemanden sprechen“ wie es oft durch NGOs passiert.
- » Zusammenhalt zwischen allen Arbeiter*innen schaffen – es muss klar sein, dass jede Spaltung in der Arbeiter*innenklasse den Unterdrückern hilft.
- » Ein grundlegend anderes System, indem nicht nur die Wirtschaftsbesitzer und Reichen bestimmen und Extraprofiten aus der Ausbeutung von Migrant*innen ziehen, sondern alle Lebensbereiche demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung verwaltet werden und der vorhandene Wohlstand für ein gutes Leben für alle verwendet wird.

Caritas KV: Jobticket vs SEG-Zulage

beide Artikel
von Nikita Tarasov

Am 15. Dezember 2023 endeten die Verhandlungen zum Kollektivvertrag (KV) der Caritas in der 4. Runde. Höhepunkte des Ergebnisses sind Zuschläge für jeweils spontanes Einspringen und Unterbrechung beim schlafenden Nachtdienst und die Erhöhung der Gehälter um 9,2%. Bei einer rollierenden Inflation von 8,7% sind das gerade mal 0,5% mehr Reallohn – viel zu wenig, in einer Branche, in der die Beschäftigten schon 22% weniger verdienen als der Schnitt. Nebenbei erwähnt: Beschlossen war auch, dass die Erhöhung ab Mai 2024 auf 7,7% reduziert wird und die restlichen 1,5% durch Lebensmittelgutscheine abgegolten werden. Dieser Beschluss stieß auf Unmut in der Belegschaft, darum ist diese Verhöhnung nun nur mehr optional.

Auch die Zulagen, die eine sehr wichtige Rolle für die Gehälter in der



Branche spielen, wurden alle erhöht. Zumindest laut der Aussendung des Betriebsrates. Nach genauerer Untersuchung des Lohnzettels wurde aber klar, dass die Schmutz-, Erschwerungs- und Gefahrenzulage (SEG-Zulage) davon ausgeschlossen ist. Das war auch schon letztes Jahr der Fall. Auf meine Nachfrage hin erklärte mir die Betriebsrätin meines Vertrauens, dass heuer statt der SEG-Zulage das Jobticket ausverhandelt wurde. Nun hat fast jede*r Beschäftigte*r die Möglichkeit, die Kosten eines Öffi-Jahrestickets (max. €396) beim Dienstgeber abzurechnen. In der Summe ist das mehr, als man durch die SEG-Zulage bekommt. Und tatsächlich haben sich meine Kolleg*innen zuerst darüber gefreut. Gefreut, bis klar wurde, dass es 3

große Haken hat. 1.: Das Jobticket wird durch das Nichterhöhen der SEG-Zulage finanziert. Wir zahlen diese ökologische Maßnahme also selbst. 2.: Die SEG-Zulage fließt in die Berechnung des Urlaubs- & Weihnachtsgeldes, der Pension und der Entgeltfortzahlung im Krankenstand, das Jobticket nicht. Und, 3.: Die SEG-Zulage betrifft großteils Kolleg*innen, die im direkten Kontakt mit Patient*innen/Klient*innen arbeiten und oft den schlechter bezahlten Gehaltsgruppen angehören. Das Jobticket können aber alle kriegen, auch Personen in höheren Führungspositionen. Das Jobticket statt einer Erhöhung der SEG-Zulage bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben.

Der Zersplitterung entgegenwirken

Ein Grund für solch einen Abschluss ist, dass die Caritas wie üblich gewartet und sich am Ergebnis des SWÖ-KVs orientiert hat, ohne sich an den Protesten während der SWÖ-Verhandlungen zu beteiligen. Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaften gewesen, das zu organisieren. Das ist nicht passiert. Basisinitiativen wie "sozial aber nicht blöd" (SANB) mussten hier wieder solidarisch einspringen und das Bindeglied zwischen den verschiedenen KVs sein. Im Dezember z.B. beteiligten sich Caritas-Kolleg*innen an den SWÖ-Protesten und hielten Reden, die die Zersplitterung

in der Branche anprangerten und die Notwendigkeit branchenübergreifender Organisation hervorhoben.

Am 14.2. gab es auf Initiative von ISA- & SANB-Aktivist*innen & Betriebsrät*innen das erste Vernetzungstreffen der Belegschaften zwei benachbarter Notquartiere für Wohnungs- & Obdachlose am Otto-Wagner-Areal. Die Einrichtungen machen beide dieselbe Arbeit, haben denselben Fördergeber (FSW), die gleichen Klient*innen, aber unterschiedliche Trägerorganisationen, separate KVs und dadurch unterschiedliche Arbeitsbedingungen.

Diese künstliche Trennung kann und muss überwunden werden. Das genannte Treffen und die Aktivitäten von SANB sind wichtige Schritte in die Richtung, jedoch ist es die Verantwortung der Gewerkschaft, solche Aktivitäten auszuweiten, ihnen einen branchenweiten Rahmen zu geben und in einen Kampf für einen gemeinsamen KV zu integrieren.

Die Ressourcen und die Strukturen zur Umsetzung haben die Gewerkschaften. Dafür müssen wir von der Basis Druck machen.



Elektro-KV am Verhandlungstisch: kein Platz für uns alle

von Severin Berger **Diesmal wirds anders?**

Inflation 9,6%, "Gehaltserhöhung" 9,9% - diese Zahlen standen sich letzten April am Ende der Kollektivvertragsverhandlungen der Elektro- und Elektronikindustrie in Österreich gegenüber. Schon die Herbstlohnrunde hat gezeigt, dass es dieses Mal schwieriger werden könnte - sowohl im Metallbereich als auch im Handel waren die Bosse erst nach Arbeitskämpfe bereit, sich zu bewegen und die schlechten Deals am Ende der Kampfmaßnahmen hatten massive Lücken - im Metallbereich z.B. die Wettbewerbsklausel, die es Konzernen erlaubt, die verhandelte Lohnerhöhung zu reduzieren.

Was passiert jetzt?

Am 12. März hat die erste Verhandlungsrunde dieses Jahres gestartet, doch noch wissen wir wenig über die Ziele der Gewerkschaft. Diese hat nur angekündigt, mit einer Schätzung von 6,8% Inflation und dem Ziel für Verbesserungen beim Freizeitrahmen in die Verhandlung zu gehen. Trotz Umsatzsteigerung 2023 um fast 20% bleibt zu erwarten, dass, wie in den vergangenen Jahren, die Bosse in den ersten Runden kein konkretes Angebot auf den Tisch legen werden. Es wäre angebracht, sich von Anfang an nicht an die Spielregeln der Sozialpartnerschaft zu halten und durch Mobilisierung Druck aufzubauen, um somit die Kolleg*innen in die Auseinandersetzung zu holen.

Seit dem letzten Abschluss hat sich viel getan. Der Herbst 2023, voller Arbeitskämpfe rund um andere KV-Verhandlungen, ist auch an den Beschäftigten der Elektroindustrie nicht einfach vorbei gegangen. Immer mehr Menschen in Österreich fühlen sich "streikbereit" und es gibt mehr betriebliche Auseinandersetzungen: öffentliche Aktionen in sozialen Berufen wie in Kindergärten, bei Spitalangestellten und beim AUA-Personal - zu großen Teilen eingefordert von der Basis. Im Metallbereich gab es im Herbst den größten Streik seit mehr als 10 Jahren. Die Elektronikindustrie als eine der größten Branchen in der Produktion hat aber schon sehr lange nicht mehr gestreikt. Das führt auch dazu, dass man streiken verlernt und die Bosse zu einem aggressiveren Vorgehen einlädt. Vereinzelt Repression und deren dreisteres Vorgehen insgesamt in der Herbstlohnrunde zeigen, dass wir uns auf mehr Klassenkampf von oben einstellen müssen. Umso dringender notwendig ist es, in den diesjährigen Verhandlungen für den Elektro-KV von Gewerkschaftsseite einen offensiven Kurs einzuschlagen

- um die Forderungen durchzusetzen.

Gerade in der Industrie ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad relativ hoch, der Abstand zwischen Kolleg*innen und Gewerkschaftsfunktionär*innen jedoch leider auch. Für einen erfolgreichen Arbeitskämpfe ist es aber entscheidend, dass diejenigen, um deren Löhne und Gehälter es geht, auch die Kontrolle über den Arbeitskämpfe haben. Das kann mit einfachen Umfragen über Prioritäten in der Verhandlung beginnen, aber beinhaltet genauso offene Kommunikation durch Betriebsrät*innen, Betriebsversammlungen oder Workshops und öffentliche Aktionen der Gewerkschaften, bis hin zu Streiks und Urabstimmungen über das Verhandlungsergebnis.

Über die letzten Jahre hat sich immer deutlicher gezeigt: In diesen Zeiten der enormen Krisen kann und darf man nicht mehr auf Sozialpartnerschaft setzen, die Bosse tun es auch nicht. Wir müssen streikfähig werden, um unser wirkliches Potential auszuschöpfen und uns gemeinsam gegenseitig zu stärken, anstatt blind auf die Gewerkschaftsführung vertrauend über den Tisch gezogen zu werden.

Info

In der Elektro- bzw. Elektronikindustrie arbeiten ca. 60.000 Kolleg*innen. Teilweise gibt es große Unterschiede bei Löhnen und Arbeitsbedingungen innerhalb der Branche: In der

Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist Überzahlung üblich, in Produktionsbetrieben haben Kolleg*innen gleichzeitig schwer zu kämpfen.

Das war der 8. März 2024

Ende Februar überschattete eine Serie furchtbarer Femiziden Wien. ROSA organisierte daraufhin eine Protestaktion, die um die 700 Menschen mobilisierte. Die Reden und die ganze Kundgebung waren von Trauer und Wut geprägt. Am Schluss sprachen sogar Angehörige eines der Opfer.

Den Kampf gegen diese grauenvolle Pandemie der Gewalt war auch Thema auf einer öffentlichen Betriebsversammlung am 8. März – organisiert von mehreren Betriebsrät*innen, aktiven Beschäftigten und Initiativen aus dem Sozialbereich wie „Sozial aber nicht blöd“. Die Aktion war dreimal größer als im Vorjahr und ein wichtiger Schritt in Richtung feministischer Streik in Österreich.

Auch aus Graz berichteten Aktivist*innen, dass die Arbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich und die Rolle von Frauen in der Gesellschaft die Demo politisch dominiert haben. Dem Motto „We care! Wenn wir streiken, steht die Welt still“ folgten über 2.500 Menschen.

ISA in Aktion



Der ROSA-Block auf der über 10.000 Leute starken Demo in Wien verband den Aufruf „Feministischer Streik!“ auf seinem Transparent auch mit dem Kampf „gegen Rechtsruck, Kapitalismus und jede Unterdrückung“. Mit Sprechchören wie „Lasst Gaza leben, lasst Gaza frei“, machten die Aktivist*innen auch lautstark klar, dass die Situation in Palästina ein feministisches Thema ist.

So auch in Linz, wo die Demo – mitbegründet von ISA und ROSA – mit ca. 2.500 Teilnehmer*innen die größte seit den 70er-Jahren war. Die Aktivist*innen dort verteilten dabei auch Flyer für die ROSA-Kampagne

gegen sexuelle Belästigung im Nachtleben (mehr Infos unter Insta: @rosa_oesterreich).

Darüber hinaus bewies eine gut besuchte Veranstaltung von ROSA in der Woche nach dem feministischen Kampftag, dass viele bereit sind, weiter zu kämpfen. So vernetzten sich dort Kolleg*innen aus Bewegungen in Solidarität mit Gaza, gegen Rassismus, aus dem Gewaltschutzbereich und aus Branchen wie dem Handel und der Freizeitpädagogik. Ein*e Besucher*in zeigte die Perspektive für nächstes Jahr auf: „Mit mehr Aktivist*innen wie diesen ist ein Streiktag am 8. März 2025 schaffbar!“

BABE: Von der Gewerkschaft im Stich gelassen

von Bianca Boros

Anfang Februar 2024 begannen die Verhandlungen für knapp 9.000 Beschäftigte unter dem BABE Kollektivvertrag im privaten Bildungsbereich. Bei einer rollierenden Inflation von 7,3% forderten die Gewerkschaften 9,3% Erhöhung der Löhne/Gehälter – eine ohnehin niedrige Forderung für die überlasteten Beschäftigten der Erwachsenenbildung. Nach der 3. Runde fanden dann Betriebsversammlungen statt.

Bei den Wiener Volkshochschulen wurden wir Beschäftigte gefragt, ob wir streikbereit wären. Ein Großteil stimmte zu. Darüber hinaus hat ein Kollege die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich als wichtigste Forderung

benannt, um gewaltbetroffenen Frauen ein freies, sicheres und gutes Leben leistbar zu machen. Das zeigt die Notwendigkeit vom gemeinsamen Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt, miserable Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne! Es ginge Hand in Hand.

Nicht aber für die Gewerkschaften des BABE KV. Statt sich öffentlichen Betriebsversammlungen am internationalen Frauenkampftag* anzuschließen und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, hat man uns heuer (wieder) im Stich gelassen: Das Verhandlungsteam schloss Mitte März mit 7,7% und Einmalzahlungen ab. Die Kolleg*innen sind wütend, enttäuscht. Es bleibt den Beschäftigten nur übrig, sich neben ihrer täglichen Arbeit selbst zu organisieren.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 321 | 04/2024

SCHWERPUNKT

ISA 

INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



WELCOME BACK, LENIN!

In einer Welt, in der die Machthaber*innen verschiedener Staaten und Wirtschaftsblöcke immer mehr auf Kriegsfuß miteinander stehen und ihre Medien jeweils gegen den “degenerierten Westen” oder den “barbarischen Osten” Stimmung machen, scheint man sich in den Regierungsbänken von Moskau bis Washington und in den Redaktionsräumen vom “Standard” bis zum “Pragmaticus” wenigstens auf eines einigen zu können: Alle hassen Lenin.

Klar, dass 2024 zum 100. Todestag des russischen Revolutionärs die Rechten ausrücken, um längst widerlegte Schauergeschichten aus der antikommunistischen Mottenkiste zu holen. Doch auch Historiker*innen wie Verena Moritz und Bernhard Leidinger stimmen darin ein und behaupten z.B. allen Ernstes, Lenin hätte sich über

Hungersnöte “gefremt”. Lenin als dämonischer Comic-Superbösewicht – das ist natürlich politisch opportuner als eine Analyse der widersprüchlichen Prozesse, die in Russland zunächst zur ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution, dann zu einem zermürbenden Bürger*innenkrieg und schließlich zur stalinistischen Diktatur führten.

Auch Putin erkennt in Lenin seinen Erzfeind. Zurecht. Denn nicht nur zerstörte die Russische Revolution das Zarenreich, welches Putin auferstehen lassen will – Lenins Kampf für das Recht auf nationale Selbstbestimmung bedeutete auch Autonomie für die Ukraine. Was er unter “Sowjetunion” verstand, war ein freiwilliger Zusammenschluss von Ländern, in denen die Herrschaft der Kapitalist*innen und Großgrundbesitzer*innen durch Massenbewegungen überwunden wurde

– kein diktatorischer “Ostblock” unter russischer Führung, wie ihn Stalin schuf.

Lenin war weder der blutrünstige Diktator, als den ihn die Bürgerlichen aller Schattierungen gerne zeichnen, noch der unfehlbare Messias, als den ihn die stalinistische Propaganda darstellte, während sie seine Leiche in einen Glassarg sperrte und seine Ideen verriet.

Die Welle an Feindschaft, die sich von allen Fraktionen der Herrschenden heute über Lenin ergießt, sollte Interesse bei all jenen wecken, die sich ihnen entgegenstellen wollen. Denn eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Lenin zeigt: 100 Jahre nach seinem Tod ist er aktueller als je zuvor. Wer heute gegen die Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen will, kommt an Lenin nicht vorbei.

Lenin: aktueller denn je

Seine politischen Ideen entwickelte Lenin nicht als allgemeine Wahrheiten, sondern als konkrete Antworten auf aktuelle Probleme: Wie können wir uns gegen die Bosse und ihre Politik organisieren? Wie können wir gegen Krieg und Unterdrückung kämpfen? Und wie kann ein tatsächlicher Sturz des Systems gelingen, das sie hervorbringt?

von Sebastian Kugler

Lenin war Marxist. Das heißt: Er analysierte den Kapitalismus als ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem vor allem der Profit zählt. Dieser Profit wird von uns – Arbeiter*innen aller Art – erwirtschaftet, aber von den Besitzer*innen der Unternehmen – den Kapitalist*innen – eingesackt. Die Profitwirtschaft führt nicht nur zu extremer Ungleichheit, sie bringt auch immer schwerere und umfassendere Krisen hervor, die mittlerweile den Fortbestand der Gesellschaft gefährden. Als Marxist wusste Lenin, dass dieses System gestürzt werden muss und kann – und zwar von jenen, die darunter leiden: die Arbeiter*innen aller Länder.

Klassenkampf und Kampf gegen spezifische Unterdrückung

Gleichzeitig arbeitete Lenin schärfer als andere Marxist*innen den politischen Charakter der kapitalistischen Herrschaft heraus: Arbeiter*innen werden nicht nur rein ökonomisch ausgebeutet, indem mit ihrer Arbeit Profit gemacht wird – sie werden auf vielfache Weisen unterdrückt, um das System aufrechtzuerhalten: Demokratie hört spätestens bei den Grundpfeilern des Kapitalismus auf – für den größten Teil der Weltbevölkerung schon viel früher. Entzug demokratischer Rechte, aber auch Rassismus, Sexismus, nationale und religiöse Diskriminierung – Lenin erkannte, dass all diese Unterdrückungsformen nicht sekundär gegenüber der „eigentlichen“ ökonomischen Klassenausbeutung sind. Vielmehr sind sie damit untrennbar verbunden.

Deswegen polemisierte Lenin in seiner ersten wichtigen Schrift „Was tun“ heftig gegen die sogenannten Ökonomen*innen. Diese predigten zwar den Kampf gegen die Kapitalist*innen in den Betrieben, lehnten es aber ab, um solche allgemeinen politischen Fragen, die jenseits des Lohnzettels liegen, zu kämpfen. Für Lenin endet der Klassenkampf jedoch nicht am Fabriktor. Im Gegenteil: Der wirkliche Klassenkampf ist ein politischer Kampf, der alle Bereiche der Gesellschaft umfasst. Darum schreibt er: *„Das Bewusstsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Missbrauch zu reagieren“.*

Erst alle gemeinsamen Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung zusammen ergeben den politischen Klassenkampf, durch den die Arbeiter*innenklasse die herrschende Klasse und ihr System stürzen kann. Gerade heute ist dieser Zugang von unglaublich großer Bedeutung. Denn viele der wichtigsten Bewegungen gegen dieses System der letzten Jahre haben sich gerade auf dieser Ebene bewegt: von den antiimperialistischen Massenprotesten gegen das Massaker in Gaza, der weltweiten Klimabewegung, der Massenbewegung gegen nationale Unterdrückung in Katalonien und der weltweiten feministischen Revolte inklusive der „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung im Iran. All diese Bewegungen sind Teil des Klassenkampfes und gerade im Iran zeigte sich, wie der Aufstand von jungen Frauen und nationalen Minderheiten

das ganze Land mitreißen kann.

Gleichzeitig wusste Lenin, dass unterdrückerische Ideologien nicht mit dem Sturz des Kapitalismus einfach verschwinden. Auch nach der Revolution bezeichnete er diese „Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft“ als *„die fürchterlichste Macht“*. Besonders patriarchales Denken prangerte er an: *„Das alte Herrenrecht des Mannes lebt versteckt weiter“*, zitiert Clara Zetkin Lenin. Und weiter: *„Unsere kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen, unsere politische Arbeit schließt ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern in sich ein. Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten.“*

Nicht im Traum wäre es Lenin eingefallen, die Schärfung des eigenen Bewusstseins für verinnerlichte Vorurteile oder Verhaltensweisen und den kollektiven Kampf gegen die systemischen Ursachen von Rassismus, Sexismus usw. gegeneinander auszuspielen.



Imperialismus und Krieg

Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, stimmten die reformistischen Anführer*innen der internationalen Arbeiter*innenbewegung in das nationalistische Kriegsgeheul ein. Lenin jedoch legte dar, dass es für keine der kriegführenden Mächte um "Freiheit", "Demokratie" oder "Selbstverteidigung" ging - sondern um den imperialistischen Kampf um Ressourcen und Märkte. Er war der Wortführer einer kleinen Minderheit, die sich weigerte, gemeinsam mit den Kapitalist*innen der "eigenen" Nation die Arbeiter*innen anderer Nationen zu ermorden.

Heute leben wir wieder in einer Zeit intensivierter imperialistischer Konflikte. Und wieder glauben viele Linke, sie müssten sich auf die Seite "ihres" Machtblocks stellen bzw. unter dem konkurrierenden Imperialismus (USA, EU, Russland, China...) das kleinste Übel wählen. Von Lenin können wir dagegen lernen, dass es die Aufgabe von Sozialist*innen ist, eine internationale Bewegung gegen alle Kriegstreiber aufzubauen.

Lenin wusste aber auch, dass Frieden im Kapitalismus nur die Abwesenheit des Krieges ist - und dass imperialistische und neokoloniale Unterdrückung gerade dadurch "Frieden" verfestigt werden, wenn er nach den Spielregeln der Kriegsherren geschlossen wird.

Heute wird das in der Ukraine und in Gaza

mehr als deutlich. Der Kampf gegen den Krieg kann darum für Lenin nicht darin bestehen, pazifistische Appelle an die Herrschenden zu richten. 1915 hielt er fest, „*dass die imperialistischen Mächte keinen demokratischen Frieden schließen können. Diesen muss man suchen und erstreben, aber nicht in der Vergangenheit, in der reaktionären Utopie eines nicht-imperialistischen Kapitalismus, sondern in der Zukunft, in der sozialistischen Revolution des Proletariats.*“

Reform und Revolution

Und tatsächlich führten die Bolschewiki, in denen Lenin eine wichtige - aber keineswegs allmächtige - Rolle spielte, 1917 die erste erfolgreiche sozialistische Revolution an. Lenin und die Bolschewiki waren keine revolutionären Fanatiker*innen. Sie stellten sich als einzige Partei konsequent gegen den Krieg. Sie forderten die notwendigsten Reformen: "Land, Friede, Brot". Sie erklärten, dass dies nur dadurch erreicht werden kann, indem die Arbeiter*innenräte ("Sowjets"), die sich bereits im Zuge der Februarrevolution überall im Land gebildet hatten, die Kontrolle übernehmen: "Alle Macht den Räten!"

Der Sturz der völlig morschen provisorischen Regierung im Oktober verlief fast ohne Konfrontationen, niemand wollte mehr für sie kämpfen. An ihre Stelle trat der Kongress der Arbeiter*innenräte, die bis heute demokratischsten politischen Strukturen der Geschichte. In den Räten saßen nicht abgehobene Politiker*innen, die auf den Gehaltslisten der Superreichen stehen, sondern Arbeiter*innen und Bauern. Unter ihnen hatten die Bolschewiki nun aufgrund ihres konsequenten Kampfes für die Räte-demokratie die Mehrheit - von wegen "Putsch"! Lenins Politik war entscheidend für die erfolgreiche Taktik der Bolschewiki 1917 - und sie bleibt das wichtigste Lehrstück dafür, wie eine Revolution auch heute gelingen kann.



Marx Aktuell: Stalinismus

von Julia Hauzmayer

Von vielen Seiten wird die Vermutung oder gar der Vorwurf geäußert, der totalitäre Stalinismus sei eine zwangsläufige Folge des Leninismus gewesen (und Kommunismus müsse daher immer in einer stalinistischen Diktatur enden). Doch wie hat sich der Stalinismus tatsächlich entwickelt und in welchem Verhältnis steht er zu den Ideen Lenins?

Nach der Russischen Revolution 1917 übernahmen jederzeit (ab-)wählbare Arbeiter*innenräte („Sowjets“) die Macht. Die Bolschewiki sahen diese Revolution als Beginn einer notwendigen internationalen Revolution - für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft weltweit. Die Russische Revolution hatte auch eine Vorbildwirkung für die Arbeiter*innenbewegungen in europäischen Ländern nach dem Ende des I. Weltkriegs. Allerdings versagte die Führung dieser Bewegungen, während die Spitze der Sozialdemokratie offenen Verrat beging und sich an der gewaltsamen Niederschlagung des Arbeiter*innenaufstandes beteiligte - so blieb die Russische Revolution isoliert. Gleichzeitig führten die Kapitalist*innen in Russland - unterstützt von ausländischen Mächten - einen Bürgerkrieg gegen die Bolschewiki. Die verheerenden Verluste des drei Jahre dauernden Krieges schwächten das Land und die Räte-demokratie stark und der herrschende Mangel an allem Lebensnotwendigen wurde zentral.

Diese Umstände begünstigten die Entwicklung bürokratischer Tendenzen und einer privilegierten Verwaltungselite, deren Repräsentant Stalin wurde. Dieser konnte die Bürokratisierung und seine Ideologie des „Sozialismus in einem Land“ gegen Lenin und Trotzki durchsetzen und seine Macht durch massenhafte Verhaftungen und Ermordungen der übrig gebliebenen Revolutionär*innen erhalten. Das undemokratische und bürokratische System des Stalinismus erstickte und stand im Gegensatz zu Lenins Ideen einer proletarischen, von Sowjets angeführten Demokratie und seiner Vorstellungen über den Aufbau einer revolutionären Partei bzw. die Notwendigkeit eines demokratischen Zentralismus.



Was ist Bolschewismus (heute)?

von Christoph Glaninger

Eine der wichtigsten Beiträge Lenins zur internationalen Arbeiter*innenbewegung waren seine Ideen zur revolutionären Partei und demokratischem Zentralismus. Aber gerade diese Ideen werden teilweise am missverständlichsten interpretiert.

Was tun?

In "Was tun?" entwickelt Lenin seine Vorstellungen für eine revolutionäre Partei – den demokratischen Zentralismus. Er beginnt dabei mit den politischen Aufgaben – dem Kampf gegen den Ökonomismus. Für den Kampf zum Sturz des Systems braucht es eine landesweite Organisation, theoretische Auseinandersetzung, ein gemeinsames revolutionäres Programm, eine landesweite Zeitung, um dieses zu verbreiten, und Mitglieder*innen mit der theoretischen und praktischen Grundlage, diese Aufgaben zu erfüllen. Natürlich waren die konkreten Ausführungen in "Was tun?" zugespitzt auf die Arbeit unter einer Diktatur, aber die dahinter liegende Methode ist noch immer relevant.

Lenin schreibt davon, dass die Partei die Avantgarde der Bewegung sein muss. Aber er meint damit nie einen kleinen elitären Zirkel, sondern vor allem die kämpferischsten Teile der Arbeiter*innenklasse. Während die Arbeit am Anfang des 20. Jhd. unter einer Diktatur eine sehr straff organisierte Organisation aus "Berufsrevolutionär*innen" benötigte, war es zum Beginn der ersten russischen Revolution 1905 notwendig und

möglich, die Organisation zu öffnen. Lenin argumentierte für eine Erneuerung der Partei durch die tausenden Arbeiter*innen, die gerade neu aktiv geworden waren, und stellte sich dabei gegen einen konservativen Zugang vieler alten "Berufsrevolutionär*innen". Genau diese Arbeiter*innen stellten 1917 das Rückgrat der Partei und Revolution dar und korrigierten auch gemeinsam mit Lenin die ursprünglich falsche Orientierung der bolschewistischen Führung. Nur durch die jahrelange Organisierung der fortgeschrittensten Teile der Klasse rund um ein revolutionäres Programm konnte die Oktoberrevolution im Gegensatz zu anderen Revolutionen siegen.

Und heute?

Heute sind wir als Sozialist*innen mit anderen Herausforderungen konfrontiert: einer sich verschärfenden kapitalistischen Krise – Teuerung, Femizide, Krieg, Rechtsruck usw. Gleichzeitig hinkt das Niveau an Klassenkampf noch hinterher und eine Perspektive auf eine sozialistische Veränderung ist nicht absehbar. Das kann auch zu Frustration und Ohnmacht führen. Hier können Lenins Ideen von demokratischem Zentralismus und der revolutionären Partei eine große Rolle spielen. In der ISA schulen wir uns anhand politischer Theorie und der Analyse aktueller Entwicklungen und entwickeln ein Programm. Wir sind international organisiert und nutzen diese Erfahrungen. Wir entwickeln Perspektiven für die politische Situation und den Weg zu einer revolutionären Systemveränderung – und

welche Bereiche des Klassenkampfes und des Widerstandes am fortgeschrittensten sind. Darauf konzentrieren wir dann unsere Kräfte (demokratischer Zentralismus). Z.B. haben wir vor mehreren Jahren als unsere Schwerpunkte die Arbeitskämpfe im Care-Bereich (Gesundheit, Bildung, Soziales) und sozialistischen Feminismus gewählt. Das hat es uns trotz enorm beschränkter Kräfte ermöglicht, gemeinsam mit anderen dazu beizutragen, den Sozialbereich zum kämpferischsten Sektor der Gewerkschaftsbewegung zu machen und die größten linken, feministischen Solidaritäts-Proteste mit der "Frau, Leben, Freiheit"-Bewegung im Iran zu organisieren. Das zeigt, welche Rolle sogar im kleinen, noch immer relativ ruhigen Österreich eine revolutionäre Partei und ein demokratisch-zentralistischer Ansatz für Sozialist*innen spielen kann. International hat z.B. unsere auch sehr kleine Schwesterorganisation in Irland durch diesen Zugang eine zentrale Rolle beim erfolgreichen Kampf um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und gegen die unsoziale Wassersteuer gespielt.

Noch entscheidender ist so eine Organisation natürlich in einer Zuspitzung des Klassenkampfes und einer revolutionären Situation – gerade in den letzten Jahren haben wir unzählige beeindruckende Bewegungen – Iran, Sudan, Chile – erlebt, die unter anderem am Fehlen so einer Partei gescheitert sind. Umso dringender ist der Aufbau einer Organisation mit diesem Zugang international – nicht als elitäre Sekte, sondern als Ausdruck der wichtigsten Kämpfe der Klasse rund um ein sozialistisches Programm.

Feminismus und Anti-Imperialismus

von Anna Hiermann

Der Angriff der Hamas auf den israelischen Staat und das darauf folgende Massaker in Gaza zeigen, wie konfliktreich der Kampf gegen verschiedene Unterdrückungsformen sein kann. Bürgerliche Feminist*innen sehen das Massaker im Gaza-Streifen gegen den „frauenfeindlichen Islam“ und die Hamas als gerechtfertigt. Sogar auf der Demo zum 8. März in Wien wurde versucht, Stimmen, die sich dagegen aussprachen, auszuschließen. Auf der anderen Seite ignorieren Teile der antiimperialistischen Linken den reaktionären und frauenfeindlichen Charakter der Hamas – unter anderem die sexuelle Gewalt am 7. Oktober.

Von wegen „feministische Außenpolitik“

Das Massaker des israelischen Regimes – die gezielte Bombardierung von Krankenhäusern – führt zu einer der schlimmsten Arten der Frauenunterdrückung: lebensgefährliche Geburten ohne adäquate medizinische Versorgung. Die israelische Regierung zerstört gezielt die lebensnotwendige Infrastruktur im Gaza-Streifen, ungeachtet der humanitären Katastrophe. 70% der Opfer in Gaza sind Frauen und Kinder. Außerdem ist die israelische Regierung selbst zutiefst frauenfeindlich. Beispielsweise forderte die israelische Rechte im Zuge der Justizreform Gesetze für geschlechterspezifische Trennungen im öffentlichen Raum.

Beispiele wie diese zeigen, dass erhebliche Teile der israelischen Regierung eine sehr ähnliche Gesinnung wie islamische Fundamentalist*innen in der Frauenfrage haben. Außerdem wird laut einem aktuellen UN-Bericht sexuelle Gewalt gegen palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen verübt. Ein wirklicher Feminismus muss sich also gegen die imperialistische Gewalt an Frauen stellen.



Falsche Bündnispartner*innen

Die Hamas auf der anderen Seite sind nicht die „Befreier Palästinas“. Sie sind eine höchst reaktionäre islamistische Gruppe. Unter ihnen wird es keine tatsächliche Befreiung Palästinas geben und die Gleichstellung der Frau schon gar nicht. Aufgrund ihres schädlichen Einflusses im palästinensischen Befreiungskampf gibt es inzwischen sogar erste Proteste der Bevölkerung des Gaza-Streifens gegen ihre politische Führung. Doch warum ist die Hamas in anderen Gebieten Palästinas im Aufwind? Das liegt daran, dass es keine Alternative im Kampf gegen die israelische Besatzung gibt. Der Hintergrund ist nicht primär eine religiös-fundamentalistische Haltung, sondern der Kampf ums Überleben. Es gibt in Palästina momentan keine linke Alternative, die den palästinensischen Befreiungskampf anführen kann. Eine solche muss jedoch aufgebaut werden! Um langfristigen Frieden zu erreichen, braucht es einen Kampf gegen Besatzung, Unterdrückung, Armut und Ausbeutung und für eine grundlegende sozialistische Systemveränderung auf beiden Seiten des Zaunes. Dem stehen

v. a. die israelische Regierung, aber auch die Hamas mit ihrer religiös-fundamentalistischen Ideologie entgegen.

Sozialistische Antworten

Sozialist*innen stehen für einen kompromisslosen Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung durch den israelischen Staat. Echte Befreiung davon beinhaltet ebenso die der palästinensischen Frauen. Es ist die Aufgabe der Linken, diesen Kampf aufzubauen. In den letzten Jahren gab es zahlreiche Befreiungsbewegungen im Nahen Osten: Der arabische Frühling, die Massenproteste im Libanon, sowie die kurdische Befreiungsbewegung. Ein besonders herausragender Kampf ist jener der „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung im Iran gegen das Mullah-Regime. Dieses arbeitet im Übrigen mit der Hamas zusammen. Der einzige Weg in Richtung Befreiung der Palästinenser*innen ist eine Bewegung von unten und nicht reaktionäre Gruppierungen wie die Hamas. Der Kampf gegen den Imperialismus muss feministisch, antikapitalistisch und internationalistisch geführt werden.

Wissenschaft gegen Wissenschaftsskepsis?

von Celina Brandstötter

Spätestens seit der Corona-Pandemie hat in Österreich die Debatte um Wissenschaftsskeptiker*innen erneut Fahrt aufgenommen. Österreich gilt bereits seit Jahren als EU-Spitzenreiter. Eine 2023 erschienene IHS-Studie zu Ursachen und Ausmaß von Wissenschaftsskepsis ordnet Österreich hingegen im europäischen Mittelfeld ein. Ein Drittel der Befragten hat teilweise Vorbehalte gegenüber wissenschaftlicher Forschung, jede*r Zehnte*r ist stark misstrauisch. Bildungsminister Polaschek kündigte Mitte 2023 eine gezielte Wissenschaftskampagne mit folgenden Worten an: ‚Wer Wissenschaft angreift, greift auch die Demokratie an‘. Gerade dieser Ansatz verkennt dabei das eigentliche Grundproblem.

Bessere Aufklärung – eine Lösung?

Nicht nur Polaschek sieht gezielte ‚Wissenschaftskommunikation‘ als Lösung für Wissenschaftsfeindlichkeit und politischen Populismus. Auch zahlreiche Wissenschaftler*innen wie der österreichische Virologe Florian Krammer oder die bekannte deutsche Chemikerin und Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim (Mai-Lab) wollen mit gezielter Aufklärung Wissenschaftsskepsis abbauen. Wissenschaftliche Bildung ist durchaus wichtig, doch Wissenschaftsskeptiker*innen werden durch Aufklärung (alleine) nicht ‚bekehrt‘ werden können.

Die von Polaschek in Auftrag gegebene IHS-Studie kommt sogar selbst zum Schluss, dass Wissenschaftsskepsis oft für gewisse Personengruppen einen verqueren Ausdruck politischer Kritik darstellt. Besonders bei jungen, politisch rechts und autoritär ausgerichteten Menschen fruchten Wissenschaftsskepsis oder Verschwörungserzählungen: Menschen, die stark unzufrieden mit den eigenen Lebensumständen sind und wenig demokratische Beteiligung erfahren.



Info

Während der Corona-Pandemie konnten Privatkonzerne zweistellige Milliarden Gewinne einfahren, geschützt durch Patente. Selbst während des Höhepunkts dieser weltweiten Krise wurden diese nicht aufgehoben, besonders zu Lasten des globalen Südens.

Eine Wissenschaft von ‚denen da oben‘?

Natürlich sind Wissenschaftler*innen kein kollektiver Teil einer mysteriösen, eingeschworenen ‚Elite‘. Viele wissenschaftliche Errungenschaften tragen maßgeblich zu unserer Gesundheit und unserem Lebensstandard bei. Dennoch findet Wissenschaft immer auch innerhalb kapitalistischer Rahmenbedingungen statt. Forschung orientiert sich häufig nach Profiten, selten ausschließlich am Gemeinwohl. Insofern ist Wissenschaft auch Produkt der kapitalistischen Verhältnisse. Angesichts von Impfpatenten, Pharmakonzernskandalen oder dem systematischen Ausschluss von Frauenkörpern (‚Gender-Health-Gap‘) lassen sich Profitorientierung und kapitalistische Interessen klar erkennen. Der Glaube an eine Wissenschaft, die vollkommen über gesellschaftlichen Verhältnissen steht und unbeeinflusst von Gesellschaft und Ideologie wirkt, ist daher zurecht zu hinterfragen.

In diesem Sinne ist ein gewisses grundlegendes Misstrauen gegenüber Wissenschaft und Technikforschung durchaus nachvollziehbar, besonders wenn diese offen unter wirtschaftlichen Interessen praktiziert werden. Daher wird auch Wissenschaftskommunikation nicht Lösung gegen Wissenschaftsskepsis, Verschwörungserzählungen oder medizinische ‚Fake News‘ darstellen, da das Grundproblem ein politisches ist. Polaschek selbst ist Teil jenes politischen Establishments, dem ‚Wissenschaftsskeptiker*innen‘ letztlich misstrauen. Dieses Establishment vertritt kapitalistische Verhältnisse, unter denen Wissenschaft zum Zweck der Profitmaximierung eingesetzt wird. Letztlich stellt sich daher die Frage, wer an der Wissenschaftsproduktion beteiligt wird, für wen diese stattfindet und zu welchem Zweck: Forschen für das Arbeiter*innen-Gemeinwohl oder kapitalistische Profite?

Russland und Ukraine–Krieg: Widerstand von unten kann Imperialismus stoppen!

von Jan Millionig

Im April sehen wir auf 10 Jahre kriegsgerische Auseinandersetzung in der Ukraine zurück, im Februar jährte sich die russische Invasion zum zweiten Mal und das Grauen scheint kein Ende zu nehmen. Ganz im Gegenteil, die Fronten verhärteten sich, keine der Seiten macht echte Fortschritte, mit jedem Jahr und jeder gescheiterten Offensive wird ein kompletter militärischer Sieg einer Seite unwahrscheinlicher. Mittlerweile starben über 100.000 Soldat*innen und über 10.000 Zivilist*innen. In den besetzten Gebieten wurden Tausende Menschen verschleppt.

Die militärische Patt-Situation bzw. die geringer werdenden Erfolgchancen, die Ukraine vollständig zu befreien, führt zu einer Verschiebung der Prioritäten des Westens. Die Waffenlieferungen erfüllen mittlerweile nicht einmal mehr den aktuellen Bedarf. Jetzt, wo sich die geopolitischen Interessen der NATO ändern, wird deutlich, dass es ihr nie primär um Verteidigung der ukrainischen Bevölkerung ging, sondern vor allem darum, die russische Militärmacht zu schwächen. Dafür wird auch ein Zermürbungskrieg auf Kosten der Bevölkerung in Kauf genommen. Gleichzeitig wird international massiv aufgerüstet, um zukünftige Auseinandersetzungen an anderen Fronten (wie China bzw. Taiwan) vorzubereiten.

Selenskyj will aber den Sieg auf Gedeih und Verderb, auch wenn das bedeutet, aus der Ukraine „ein großes Israel“ (seine Worte, gemeint ist eine dauerhafte Militarisierung der Gesellschaft) zu machen. Auf der anderen Seite werden Verhandlungen vielleicht einen unmittelbaren Waffenstillstand bringen, aber nur zulasten der ukrainischen Bevölkerung gehen, während beide Seiten sich für zukünftige Auseinandersetzungen wieder rüsten können. So wird es im Kontext des weltweiten imperialistischen Kampfes um Vorherrschaft und Einflussgebiete keinen dauerhaften Frieden geben.

Arbeiter*innenklasse muss eigene Position einnehmen

Gleichzeitig finden in der Ukraine nach wie vor Kämpfe für Löhne, von denen man leben kann, und gegen die korrupten Verhältnisse statt. So z.B. bei Streiks in Minen oder der Kampagne “Sei wie Nina!” im Gesundheitsbereich, aus der sich eine unabhängige Gewerkschaft gebildet hat. Diese Unabhängigkeit braucht die ukrainische Arbeiter*innenklasse auch im Krieg – damit sie nicht für die Machtinteressen

Widerstandsbewegung im Land massiv. So finden, nach den mutigen Demonstrationen am Beginn des Krieges, mittlerweile kaum noch Proteste statt.

Putin und seiner Oligarchie ist es über die Jahrzehnte gelungen, ein System des Meinungsmonopols und der Propaganda-Ablenkungen zu installieren. Der furchtbare Anschlag von mutmaßlichen IS-Terroristen (Stand 26. März) auf ein Konzert nahe Moskau wird möglicherweise die Unfähigkeit des Regimes etwas mehr entlarven. Gleichzeitig schafft er aber auch Ver-

Der Terroranschlag vom 22. März ist die traurige Konsequenz großrussischer Machtpolitik. Die Intervention der Sowjetunion und des westlichen Imperialismus zuerst in Afghanistan und später die Durchsetzung der imperialistischen Interessen der Russischen Föderation in Ländern Zentralasiens wie im Bürger*innenkrieg 1992–97 in Tadschikistan (der Heimat

Info

der mutmaßlichen Terroristen), schufen die Zerrüttung der Region und den Nährboden, wo der IS jetzt rekrutiert. Echter Frieden kann auch hier nur mit dem Selbstbestimmungsrecht einzelner Ethnien und Nationen kommen. Dieses kann jedoch nur erreicht werden, wenn wir die kapitalistischen Eliten und ihre Expansionsgier stoppen.

ihrer herrschenden Elite, sondern für die eigene Befreiung kämpfen kann und nicht nur Kanonenfutter des westlichen Imperialismus ist.

Nur ein demokratisch organisierter (auch bewaffneter) Widerstand von unten – verbunden mit ehrlichen Solidaritätsappellen an die einfachen Soldaten der russischen Streitkräfte und die russische Arbeiter*innenklasse – kann Besatzung und Invasion wirklich beenden.

Proteste in Russland müssen und werden zunehmen

Auf russischer Seite schaffen Putins “Wiederwahl”, Gewinne durch Öl- und Gashandel und die Kriegswirtschaft (noch) eine gewisse Stabilität. Extreme Repression und Emigration Oppositioneller und Kriegsdienstverweigerer erschweren den Aufbau einer

wirrung und Angst, die Proteste zurückhalten zu können

Über kurz oder lang wird immer mehr Härte aber wieder größeren Widerstand provozieren. Im Kleinen bricht die vorhandene Wut gegen Putin und den Krieg trotz allem immer wieder durch, wie beim Begräbnis von Nawalny, bei Protestaktionen in den Schlangen zu den Wahlurnen oder bei Kundgebungen der Frauen von Soldaten. Es gibt aber auch regionale Auseinandersetzungen wie gegen die Ausbeutung der Bodenschätze in Baschkortostan, einer Teilrepublik im Völkergefängnis Russland, wo auch Stimmen gegen den Krieg laut wurden. Die größte Hoffnung, die russische Kriegsmaschinerie aufzuhalten, liegt also letztlich in dem Moment, in dem die russische Arbeiter*innenklasse gegen ihre eigenen Herren vorgeht.



Gaza: Was kommt nach dem Waffenstillstand?

von Yasmin Morag,
Sozialistin aus Israel/Palästina

Der Angriff der israelischen Kriegsmaschinerie auf zwei Millionen belagerte Bewohner*innen des Gazastreifens – nach dem verabscheuungswürdigen Angriff der Hamas auf israelische Zivilist*innen am 7.10. – geht in den sechsten Monat. Mehr als 32.000 Menschen im Gazastreifen sind getötet worden, 85% der Bevölkerung sind vertrieben und Krankheiten und Hunger grassieren, während das israelische Militär die Infrastruktur bombardiert und Hilfslieferungen blockiert. Laut der Ernährungsskala IPC leidet die gesamte Bevölkerung unter akuter und 1,1 Mio. unter „katastrophaler“ Ernährungsunsicherheit – der höchsten Zahl, die von der IPC irgendwo und irgendwann verzeichnet wurde.

Spannungen nehmen zu

Während Netanjahu zwar die volle politische und militärische Unterstützung der USA genoss, erhöht Washington den Druck, um das Ausmaß des Rachefeldzuges zu bremsen. Die internationalen Massenproteste gegen die Gräueltaten, die Bidens Wiederwahl in Gefahr bringen, haben dazu beigetragen, dass die Spannungen rund um die geplante Invasion in Rafah einen Höhepunkt erreicht haben, während die Waffenstillstands-Verhandlungen immer wieder stockten. Kamala Harris sagte, sie schließe keine Konsequenzen aus, wenn Israel einmarschiere (24.3.). Doch Netanjahu bekräftigte seine Pläne: „Ich hoffe, wir werden es mit der

Unterstützung der USA tun, aber wenn es sein muss, werden wir es allein tun“. Trotz der Lippenbekenntnisse geht es dem US-Imperialismus (wie auch der UNO, Macron, Sunak und anderen bürgerlichen Politiker*innen) in erster Linie darum, zu verhindern, dass die Eskalation außer Kontrolle gerät und die Region destabilisiert, sowie um die Angst vor Unruhe im eigenen Land. Sie alle haben jahrzehntelang schweigend zugesehen, wie sich die Schlinge der israelischen Besatzung bzw. Belagerung um den Hals des palästinensischen Volkes zusammenzog. Auch Bidens „Zweistaatenlösung“ ist nicht mehr als ein Hirngespinnst, um einen Status quo wiederherzustellen, der für den US-Imperialismus bequem wäre.

Der Kampf für die Befreiung der Palästinenser*innen ist jedoch mit dem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung, Ungleichheit und Armut verwoben, worin die nationale Unterdrückung ihren Ursprung hat. Das Oslo-Abkommen, das dem israelischen Staat durch den Volksaufstand der Ersten Intifada aufgezwungen wurde, führte lediglich zur s.g. „palästinensischen Autonomiebehörde“, die jetzt Umsetzungshilfe des Besatzungsregimes und der Unterdrückung des palästinensischen Volkes ist. Sie ist inzwischen so verhasst, dass 92% der Bevölkerung im besetzten Westjordanland Präsident Abbas absetzen wollen. Es braucht eine echte Alternative.

Wie geht es weiter?

Ein sofortiger und vollständiger Waffenstillstand ist dringend nötig, um die

Verteilung von Hilfsgütern zu ermöglichen und der Hungersnot ein Ende zu setzen. Dies muss ein Abkommen „Alle für alle“, das alle Geiseln gegen alle palästinensischen Gefangenen tauscht, beinhalten – auch um die Toten in Würde zu bestatten. Es sind groß angelegte Programme zum Wiederaufbau von Wasser- und Nahrungsmittelversorgung, Infrastruktur, Wohnraum, Krankenhäusern und Schulen erforderlich. Alle Maßnahmen müssen von demokratisch gewählten Vertreter*innen der betroffenen Bevölkerung geleitet und von den Profiten der Superreichen und Kriegsprofiteure bezahlt werden.

Die Solidaritätsbewegung, Gewerkschaften und andere Organisationen in Österreich und international müssen für die Aufhebung der Belagerung und der Besatzung kämpfen. Vor Ort kann nur eine Massenbewegung von unten – im Sinne der Ersten Intifada – organisiert in demokratischen Aktionskomitees, die Forderungen wirklich durchsetzen. Denn nur so eine Bewegung kann die wahren Interessen der Unterdrückten, Armen und Arbeiter*innen vertreten und die ganze Kraft der palästinensischen Arbeiter*innenklasse – z.B. durch Streiks – nutzen. Wir brauchen einen Kampf zum Sturz der Netanjahu-Regierung und des Besatzungsregimes, gegen Armut und ethnische Spaltung und für eine grundlegende Lösung – für einen sozialistischen Wandel, der beiden nationalen Gruppen ein Leben in Würde und Frieden anstelle von Armut, Leid und endlosen Blutbädern bieten kann.

Around the world: Palästina- Solidarität

von Christina Schilcher

Der 8. März in diesem Jahr war in vielen Ländern ein wichtiger Mobilisierungspunkt für Palästina-Solidarität – so auch in Irland. Ein Demospruch war unter anderem “No shamrocks for Genocide Joe!”, eine Kritik an Joe Bidens Unterstützung des Massakers in Gaza. Immer wieder wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Kampf dagegen den ein feministischer ist – eine ROSA-Aktivistin betont: “Wer nicht auf der Seite Palästinas steht, ist kein*e Feminist*in!”

Der Support für Palästina aus der irischen Arbeiter*innenklasse ist groß – 79% der irischen Bevölkerung denken, dass Israel in Gaza einen Genozid begeht. Dies zwingt auch die herrschende Klasse dazu, Zugeständnisse zu machen.

Auch in Belgien ist die Palästina-Solidaritätsbewegung groß. Am



21. Jänner 2024 waren in Brüssel ca. 20.000 Menschen beim Protest für einen Waffenstillstand. Außerdem werden auch Aktionen gegen Lieferanten organisiert, die Waffen an Israel liefern (z. B. gegen ZIM in Antwerpen). Arbeiter*innen weigern sich, Waffen zu verladen, die an Israel gehen sollen.

In England, Wales und Schottland haben ISA-Aktivist*innen im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit auch einen Musterantrag für Gewerkschaften zusammengestellt, der unter anderem zur Unterstützung von palästinensischen Gewerkschaften und Solidarität mit Palästina aufruft.

In den USA gab es seit 7. Oktober 2023 ungefähr 3.300

Palästina-Solidaritätsaktionen mit geschätzt 767.000 Teilnehmer*innen. Der Kampf in den USA hat nochmal eine eigene Dynamik, da sie der wichtigste Waffenlieferant für Israel sind. Der Druck von unten zwingt auch Joe Biden dazu, Zugeständnisse zu machen und Israels Kriegsführung zu kritisieren – allerdings noch sehr beschränkt. Daher fordert die US-Sektion der ISA die Gründung einer neuen Partei als Alternative zu den Demokrat*innen und Republikaner*innen, die sich gegen Krieg und Unterdrückung und für die Arbeiter*innenklasse einsetzt.

internationalsocialist.net

Deutschland: MSC enteignen, Hafen bestreiken!

von Peter Hauer

Deutschland wurde Ende Februar/Anfang März von einer Streikwelle erfasst. Gefühlt alle Arbeiter*innen der Logistik gingen fast zeitgleich in einen Streik über. Es streikten die Arbeiter*innen der deutschen Bahn für eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit und eine 5 Tage Woche. Im Luftverkehr ging es um höheren Löhne, es streikten Luftsicherheit, Bodenpersonal und Flugbegleiter*innen. Davor fanden Warnstreiks im Nahverkehr gegen schlechte Arbeitsbedingungen statt und die Arbeiter*innen des Hamburger Hafens wehren sich gegen Privatisierungen. Diese Beispiele zeigen, wie erfolgreiche Streiks aufgebaut und ausgeweitet werden müssen. Im Nahverkehr verbindet die Gewerkschaft den Kampf

durch eine Koalition mit der Klimabewegung. Eine Ausweitung des Kampfes in Hamburg schlugen die Aktivist*innen der “Sozialistischen Alternative” vor. Die Privatisierung würde alle treffen, wenn auch die Arbeiter*innen am Hafen am härtesten – und genau deswegen muss der Rest der Stadt eingeladen werden, den Hafen gegen Privatisierung an HSC zu verteidigen. Unsere Schwestersektion betont dass es gewerkschaftsübergreifende Mobilisierung und Beteiligung an anderen Streiks braucht, aber auch eine Beteiligung der Bevölkerung. Durch diese Ausweitung könnte es gelingen, dass aus dem Hafen bald “MSC enteignen, Hafen bestreiken” erklingt.

sozialismus.info



Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus
 Internationalismus Kapitalismus Klasse
 Revolution Rassismus Reformismus
 Anarchismus Demokratie Dialektik

ABC des Marxismus:

Klasse

von Christian Steiner

*Lange haben liberale Medien und Politik bestritten, dass es sowas wie eine Arbeiter*innenklasse überhaupt noch gibt. Heute leugnet kaum noch jemand, dass es Unterschiede zwischen „oben und unten“ gibt und der Begriff „Klassismus“ verbreitet sich in akademischen und medialen Diskussionen.*

Damit werden wichtige Elemente im Leben der Arbeiter*innenklasse, wie Armut, Diskriminierung im Bildungssystem und vieles mehr beschrieben. Aber tatsächlich geht der Begriff Klasse weiter. Gemäß Friedrich Engels ist die Arbeiter*innenklasse *„diejenige Klasse der Gesellschaft, welche ihren Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf ihrer Arbeit und nicht aus dem Profit irgendeines Kapitals zieht“*.

Daher zählen jene Menschen zur Arbeiter*innenklasse, welche ihre Arbeitskraft für Lohn verkaufen müssen – oder das tun werden müssen oder schon getan haben (Jugendliche, Pensionist*innen) – und nicht durch Besitz oder die Arbeit anderer leben können. Es gab schon in der Vergangenheit Klassengesellschaften, jedoch änderte die industrielle Revolution radikal das gesellschaftliche Gefüge und die Lebensrealität von Millionen von Menschen. Die Beschäftigten waren plötzlich weder Herren ihrer Arbeit noch des Produkts, das sie herstellen, sondern nur noch ein Teil eines Produktionsprozesses.

Arbeiter*innen sind *„doppelt frei“* (Marx) – frei ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber frei von Produktionsmitteln (d.h. Fabriken, Büros usw.), die sie

für ihre Arbeit brauchen. Das bedeutet auch heute noch, dass man sich zwar oft den Beruf aussuchen kann, in dem man arbeitet, aber am Ende immer noch gezwungen ist zu arbeiten, um mit dem Lohn sein Leben zu finanzieren. Oft gibt es die Vorstellung, dass die Arbeiter*innenklasse vorrangig aus weißen Männern in der Industrie besteht – dem ist nicht so. Damals, und heute noch mehr, waren Arbeiter*Innen sehr divers, bezogen auf ihre Herkunft, Religion, Geschlecht, Sexualität und auf ihre ausgeübte Arbeit – das wird gezielt von Kapitalist*innen genutzt, um Gruppen innerhalb der Arbeiter*innenklasse überauszubeuten.

Heute ist die Arbeiter*innenklasse breit aufgestellt – in der Produktion in Fabriken, Lehrkräfte an Schulen, Personal im Sozial- und Gesundheitswesen, Logistik und vielen weiteren Bereichen. 88% der arbeitenden Bevölkerung in Österreich sind unselbstständige Arbeiter*innen und nur 12% selbständig Beschäftigte – davon auch eine hohe Dunkelziffer Scheinselbstständiger. Gerade in den letzten Jahren hat die Zahl Selbstständiger, die selbst keine Angestellten haben, zugenommen. Heute fehlt oft das allgemeine Verständnis Teil der Arbeiter*Innenklasse zu sein, auch weil die Unterschiede innerhalb einzelner Schichten von Arbeiter*Innen so groß sind, dass die Vorstellung einer Klasse schwerfällt – man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Aber alle Lohnabhängigen haben gemeinsame Interessen.

Dennoch können wir die Unterschiede innerhalb der Klasse nicht ignorieren. Durch Rassismus und Sexismus wird ein

Teil der Klasse stärker ausgebeutet als der Rest und dadurch gespalten und in Konkurrenz zueinander gesetzt. Wenn Migrant*innen, Frauen und Junge Menschen als Lohndrücker*innen eingesetzt werden, schadet das der gesamten Klasse. Deshalb kämpfen Sozialist*innen gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung eines Teils der Klasse, um dadurch die Grundlage für gemeinsamen Klassenkampf und Solidarität zu schaffen.

Die Arbeiter*innenklasse als revolutionäres Subjekt

Die einzige Möglichkeit für die Arbeiter*innenklasse, ihre Bedingungen zu verbessern, ist durch Organisation – in Gewerkschaften, Parteien, Vereinen, Initiativen – und den gemeinsamen Kampf durch Demonstrationen und vor allem Streiks, Betriebsbesetzungen usw. Auch in anderen Bewegungen sind die Methoden der Arbeiter*innenklasse zentral – z.B. durch den Schulterchluss der Klimabewegung mit den Streiks der Eisenbahner*Innen. Ohne Arbeiter*innen steht die Wirtschaft still, es wird nichts produziert, nichts transportiert, niemand ausgebildet und niemand gepflegt. Mit solidarischen Streiks trifft man die Kapitalist*innen dort, wo es Ihnen weh tut – bei den Profiten. Gleichzeitig ist der Kampf der Arbeiter*innenklasse – die den Reichtum der Gesellschaft erzeugt und in ihrem Kampf neue demokratische Strukturen schafft – auch die Grundlage für eine klassenlose Gesellschaft, in der die Wirtschaft durch demokratische Planung und nicht über Markt und Profit organisiert wird.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**UNTERSTÜTZE UNS
MIT EINER SPENDE!**



**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 321 | 04/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

STATT FAULE KOMPROMISSE VON OBEN:

STREIKEN VON UNTEN!



AUS DEM INHALT

» Die **Frühjahrslohnrunden** haben begonnen – warum und wie wir uns an der Basis organisieren müssen

Seiten 6,7,8

» 10 Jahre Krim-Annexion, 2 Jahre **Ukraine-Krieg**: Hoffnung auf echten Frieden kann nur von unten kommen

Seite 15

» Von Rechtsextremen bis Liberalen: Zu seinem 100. Todestag hetzten Bürgerliche fleißig gegen **Lenin**. Warum seine Ideen heute aktueller denn je sind

Schwerpunkt